

Eröffnungsrede Landesparteitag DIE LINKE. Niedersachsen 12. April 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

liebe Gäste, und da grüße ich besonders:

- Herrn Tiefenbach vom Verein „Mehr Demokratie e.V.“, der uns ein Grußwort halten wird
- Herbert Schui, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, ebenfalls für ein Grußwort
- Gesine Löttsch und Wolfgang Gehrke, Abgeordnete unserer Bundestagfraktion. Die beiden werden inhaltliche zu unserer Debatte reden.
- Sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Das NDR-Fernsehen wird Bild- und Tonaufzeichnungen machen und wenn ich richtig orientiert in, wird heute Abend um 19:30 dazu ein kurzer Beitrag im Fernsehen gesendet.

Herzlich willkommen zum Landesparteitag der LINKEN in Niedersachsen.

Wir, DIE LINKE, sind eine junge, eine neue Partei, wir haben DIE LINKE Mitte 2007 auf Bundesebene aus der Taufe gehoben, und Anfang September 2007 dann den Landesverband Niedersachsen gegründet.

Und gleich danach hatten wir dann die Herausforderung des Landtagswahlkampfes zu stemmen.

Diese Wahlerfolge in Westdeutschland, erst in Bremen, dann auch in Niedersachsen, Hessen und Hamburg, das hat uns keiner zugetraut, und auch wir haben doch vorher fast alle nicht mit so einem Erfolg gerechnet – 7,1% in Niedersachsen, im zweitgrößten Flächenland Deutschlands.

Allerdings: Einer, der an 7% für Niedersachsen geglaubt hat, war Uli Maurer, unser Westbeauftragter, der hat das letztes Jahr schon gesagt. Im Sommer nach der Bremen-Wahl hat er mir versprochen: für jedes Hundertstel Prozent, das wir in Niedersachsen über 5% kommen, krieg ich einen Schokokuss von ihm. Er hat mir neulich gesagt, dass er später, nachdem er für Niedersachsen 7% geschätzt hat, mit Diether gewettet hat, um die Schokoküsse zu finanzieren: um 6 Flaschen richtig

guten Rotwein, davon würde er dann eine verkaufen, dann würde das auch spielend mit der Finanzierung der versprochenen Schokoküsse klappen. Nun gut:

Erstens: schönen Gruß von Ulli Maurer, er hätte die Schokoküsse gern selbst gebracht, hat aber heute eine wichtige Parteivorstandssitzung, in der es um den Leitantrag für den Bundesparteitag geht. Aber er wünscht uns von Berlin aus einen konstruktiven, erfolgreichen Parteitag.

Zweitens: Ich hab Ende letzten Jahres auf einer Landesausschuss-Sitzung versprochen, wenn wir tatsächlich 7% kriegen, verteil ich die 200 Schokoküsse auf dem Landesparteitag. Ich hab also 216 Stück mitgebracht und Ihr könnt sie nachher nach dem Essen vernichten, lasst sie Euch schmecken.

Nun zurück zu den Wahlergebnissen:

Wir hatten gehofft und angestrebt, die Stimmen wieder zu bekommen, die wir zur Bundestagswahl 2005 hatten. Wir haben 40.000 Stimmen mehr bekommen.

Und wenn man sich die Ergebnisse mal genauer ansieht, sieht man:

-
- Wir haben in fast allen Wahlkreisen die 5%-Hürde genommen, auch in sehr ländlichen Gegenden, in denen wir das nicht zu hoffen gewagt hatten.
 - zu wenig Frauen und zu wenig Jungwähler, daran müssen wir arbeiten
 - 7% Selbständige (hat Hessen so nicht geschafft, immer wieder angesprochen)
 - 26% Arbeitslose
 - wir haben als einzige Partei Nichtwähler gewonnen, alle anderen Parteien haben an die Nichtwähler verloren
-

CLP-Erfahrungen, positive Reaktionen älterer Leute, Landwirte, ganz anders als noch 2005, habt Ihr sicher im Wahlkampf auch gemerkt. Wir erreichen Menschen auch mit Themen wie wohnortnahe ärztliche Versorgung und wohnortnahe Schulversorgung, faire Bildungschancen, gentechnikfreie Landwirtschaft, Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen, wir sind inzwischen in den Augen der Menschen mehr als die Anti-Hartz-IV-Partei, wir zeigen dass wir Antworten haben für viele Lebensbereiche, auch für den Mittelstand.

Wahlbeteiligung: übrigen: entgegen Unterstellungen freuen wir uns nicht über die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung, wir wollen gegen diese Resignation was tun, einmal mit unseren inhaltlichen Aussagen, aber auch mit anderen Vorgehensweisen – Ratschlag, Kontakte, Veranstaltungen, Vernetzung, wir wollen nicht im stillen Kämmerlein, sondern im Dialog Politik machen

Wahlergebnisse zeigen massive politische Veränderungen in diesem Land. Aber nicht nur die Wahlergebnisse, auch die hektischen Aktivitäten von Presse und anderen Parteien. Gut 7% in Niedersachsen und sie reiben sich so an uns auf – unglaublich, was für einen Aufwand Presse und andere Parteien wegen uns treiben, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Angriffe gegen uns – wenn sie keine Angst hätten, wenn wir nicht eine echte Gefahr für sie wären, würden sie sich dann diese Mühe geben? Würden sie uns dann nicht einfach links liegen lassen? Und wenn sie solche Angst vor uns haben, was heißt das dann für uns? Selbstbewusst weiter die Politik zu entwickeln und zu vertreten, die wir aus Überzeugung für richtig halten? Oder ängstlich versuchen, es mit unseren Positionen und Äußerungen den Angsthasen bei Presse und Konkurrenzparteien recht zu machen? Die Beantwortung dieser Fragen lohnt sich sicher.

Wie ist es nun dazu gekommen, dass uns so viele Menschen gewählt haben? Aus welcher Situation, aus welchen konkreten Erfahrungen, aus welchen Überlegungen heraus und mit welchen Erwartungen haben sie uns gewählt?

Erfahrungen:

Zunächst mal zu den Erfahrungen, die Menschen heute in Deutschland machen:

Die soziale Spaltung wird tiefer. Die Mittelschicht wird kleiner, und nur einige wenige steigen auf in die Oberschicht. Sehr viele rutschen ab. Und sie fallen oft sehr tief. Wer aus einer qualifizierten, gut bezahlten Arbeit in Hartz IV fällt, verliert viel. Nicht nur seine Ersparnisse, sondern fast immer auch soziale Kontakte und in jedem Fall Teilhabemöglichkeiten.

Und die einschlägigen Lobbies machen dann über diese Menschen Meinung, zum Beispiel mit der wieder ausgegrabenen widerlichen Kampagne „Du bist Deutschland“ der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft. Die ganze Kampagne dient nur dazu, den Leuten beizubiegen, dass man es ja in Deutschland zu was bringen kann, wenn man sich nur bemüht. Und dass man eben selbst schuld hat, wenn man es nicht zu was bringt. Und dass sich doch bitte alle Nicht-Versager bloß nicht mit solchen Versagern abgeben sollen. Jeder für sich, bloß nicht gemeinsam und solidarisch, denn das würde ja das Risiko mit sich bringen, dass sich Menschen gemeinsam gegen diese Zustände zur Wehr setzen.

Dann wird die Riester-Rente eingeführt – die weiter nichts ist als eine Entlastung der Arbeitgeber, denn nun zahlen die ArbeitnehmerInnen mehr als die Hälfte ihrer Rentenvorsorge. Und die Riesterreute ist natürlich ein Wahnsinnsgeschäft für die private Versicherungswirtschaft, die sich bestimmt sehr gefreut hat über dieses Gesetz. Jetzt ist es auch noch so, dass Menschen, die im Alter weniger als die Grundsicherung kriegen, gar nichts von ihrem Riester-Vertrag haben, die haben sich das dann ganz umsonst vom Mund abgespart. Da wird ihnen vorgegaukelt, sie würden ihr Geld gut anlegen und dann ist es für sie einfach weg und entlastet nur ein bisschen die Sozialkassen. Als das nun klar wurde, hat sich die SPD zumindest in Baden-Württemberg erdreistet, in Rundbriefen Menschen unsozial zu nennen, die deshalb aus der Riesterreute aussteigen, weil sie damit ja die Sozialversicherung schwächen.

Das Steuersystem ist höchst ungerecht – der sogenannte Mittelstandsbauch in der Steuerkurve benachteiligt massiv die Normalverdienerinnen und Normalverdiener. Eine Unternehmenssteuerreform nach der anderen beglückt große Konzerne, während kleine und mittlere Unternehmen in die Röhre gucken.

In maßloser Gier finden es große Unternehmen völlig normal, Eigenkapitalrenditen von 25% und mehr durchzusetzen, auf dem Rücken ihrer Beschäftigten und der Gesellschaft. Solche Renditen funktionieren nur für wenige und nur im Rahmen der weltweit stattfindenden Finanzspekulation. Nur 2% des Geldes, das täglich um die Welt geht, wird für Waren und Dienstleistungen ausgegeben, 98% sind Spekulationsgeschäfte. Ein perveres Schneeballsystem nach dem Motto „den letzten beißen die Hunde“. Dass das auf Dauer nicht gut geht, ist eigentlich klar, das Ergebnis sehen wir jetzt.

Die entsprechenden Geschäfte werden von Managern mit Zeitvertrag gemacht, denen die nächste Quartalsbilanz viel näher ist als die Arbeitsplätze von Tausenden ihrer Angestellten, die sie mit einem Federstrich in die Arbeitslosigkeit schicken und dafür auch noch mit höheren Aktienkursen und damit auch persönlich hohen Zusatzbezügen belohnt werden.

Schandtaten

CDU/SPD-Regierung verkündet stolz:

Arbeitslosenzahl um mehr als eine Mio gesenkt, weil sie sie so toll „gefordert“ haben, durch Hartz IV, also mehr Druck auf Arbeitslose:

Aber zu dieser Lüge, dass nun die Arbeitsmarktlage viel besser wäre, muss doch wohl mal einiges klargestellt werden:

- auf eine offene reguläre sozialversicherungspflichtige Stelle kommen 10 registrierte Arbeitslose

9 von 10 Arbeitslosen (eigentlich mehr) keine Chance auf anständigen AP

- 2007: 40% Langzeitarbeitslose (1991: 17,4%)
- 33,5% Teilzeitarbeitsverhältnisse
- 5,9 Mio prekär beschäftigt (unterbezahlt, ungeschützt, ohne soz. Sicherung)
= mehr als 1/5 der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
- 1/5 aller Beschäftigten Niedriglohnsektor, übrigens nicht Geringqualifizierte,
 $\frac{3}{4}$ von denen abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung
- 731.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter – die fliegen übrigens zuerst, wenn es eng wird

Die tägliche Angst vor dem sozialen Absturz ist ganz real und nicht unbegründet. Jede und jeden kann es jederzeit treffen – bei BENQ, bei Nokia oder auch bei Bäckerei Stegner nebenan – Gegenwehr kaum möglich.

Die Löhne stagnieren seit 15 Jahren. Dazu wurde auch lange erzählt, dass Lohnzurückhaltung Arbeitsplätze schafft, dass man sie lange üben muss und auch dann noch weiterführen muss, wenn es einen Aufschwung gibt, damit das zarte Pflänzchen nicht wieder eingeht. Auch dann, wenn das zarte Pflänzchen bei 81% der Menschen gar nicht ankommt. Und leider sind die Gewerkschaften darauf ja auch reingefallen und haben dieses Spiel mitgemacht.

Und wer prekär beschäftigt ist, ist kaum in der Position, Forderungen zu stellen und gar zu streiken, das würde schnell den Job kosten. Keine guten Aussichten für das Lohnniveau.

Und genau dieser Effekt passt natürlich einigen, die von billiger Arbeit profitieren, sehr gut. Rot-Grün und dann Schwarz-Rot haben durch ihre Gesetze zu erleichterten Befristungen, Leiharbeit und Hartz IV die Kraft der Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten systematisch geschwächt.

Es ist geradezu zynisch, wenn jetzt die CDU einen gesetzlichen Mindestlohn mit der Begründung ablehnt, sie wolle nicht in die Tarifautonomie eingreifen, die Gewerkschaften sollten das doch regeln.

In unserem Grundgesetz ist zwar das Sozialstaatsprinzip verankert – und es ist sogar auf ewig festgeschrieben – aber CDU, FDP, Grüne und SPD interessiert das offensichtlich nicht.

Wobei: Die SPD hat sich wegen solcher Fragen ja inzwischen in zwei Parteien zerlegt – ein massiver, noch nicht gelöster Richtungsstreit, jetzt auch konkret in Niedersachsen.

Die SPD hat jetzt eine Offensive aufgesetzt, sich um Arbeitnehmer (nein, Frauen werden im Titel nicht erwähnt) intensiv zu kümmern. Haben wohl gemerkt, dass sie sich ins eigene Fleisch geschnitten haben und versuchen verzweifelt, die entstandene Wunde zu nähen.

Erwartungen:

Nach den Erfahrungen und der Situation der Menschen nun zu ihren Erwartungen an uns:

Ich denke, dass die Menschen von uns einerseits erwarten, dass wir Missstände klar benennen. Darin sind wir schon ganz gut, finde ich. Und inzwischen kann man selbst in ländlichen, konservativen, katholischen Gegenden den Kapitalismus deutlich und direkt angreifen. Damit sind wir ja übrigens bei weitem nicht allein, insbesondere aus kirchlichen Kreisen, zum Beispiel vom KAB, kommt ähnlich deutliche Kapitalismuskritik.

Aber die Menschen erwarten mehr als Kritik an herrschenden Zuständen von uns. Sie erwarten auch Antworten.

Wir antworten ihnen heute: wir wollen eine friedliche, solidarische Gesellschaft, nachhaltiges Wirtschaften, Gleichberechtigung, Wirtschaftsdemokratie, demokratischen Sozialismus.

Aber vieles von dem, was wir da wollen, bleibt bisher noch im ungefähren, da ist in unseren Programmen noch nicht alles konkret genug.

Und ich glaube, das können wir uns nicht mehr lange erlauben. Nach meinen persönlichen Erfahrungen wollen die Menschen für ihre Wahlentscheidungen schon sehr genau wissen, was sie bekommen. Der Titel über dem ganzen, die schöne Überschrift reicht ihnen nicht.

Was meinen wir genau, wenn wir von Wirtschaftsdemokratie reden? Wie ändert sich die konkrete Wirklichkeit für die Menschen, wenn wir Gesetze machen können? Wie genau wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der Willkür ihrer Konzernleitung ausgesetzt sind wie bei Nokia? Welchen Einfluss, welche Mitbestimmungsmöglichkeiten werden sie haben, wenn es nach uns geht? Was genau ändert sich für den Inhaber des kleinen Gartenbauunternehmens nebenan, wenn wir politischen Einfluss gewinnen? Muss er fürchten, dass wir sein Unternehmen verstaatlichen? Was genau wird besser für die alleinerziehende Mutter

und ihre zwei Kinder und kann sie glauben, dass das wirklich finanzierbar ist? Was heißt es, wenn wir von Rekommunalisierung der Energieversorgung reden, wie soll das ganz praktisch und finanziell gehen? Das alles sind Fragen, die uns Menschen stellen und sie wollen unsere Antworten.

Damit wir diese Antworten geben können, müssen wir dazu gemeinsame Positionen erarbeiten und uns in die anstehende Programmdebatte aktiv einbringen. Diskutiert bitte in Kreisverbänden, in Regionalversammlungen, in Landesarbeitsgemeinschaften über die konkrete Weiterentwicklung unserer programmatischen Inhalte, damit das Parteiprogramm der LINKEN dann auch durch unseren Landesverband Niedersachsen mitgeprägt wird.

Außerdem müssen wir noch viel mehr und stärker werden, damit wir mehr Menschen ansprechen können. Ich bitte Euch deshalb: Nutzt dieses Jahr 2008, besonders die Sommermonate, um parallel zur inhaltlichen Arbeit – gern natürlich auch durch diese Arbeit – viele Mitglieder dazuzugewinnen. Und gebt ihnen ein Umfeld und eine Begleitung, in dem sie gern sind und gern bleiben und gern politisch aktiv sind.

Abschluss:

Ich wünsche uns allen einen guten Parteitag, streitbar in der Sache, aber fair und respektvoll im Umgang miteinander, konstruktiv nach vorn gerichtet, ohne die Vergangenheit zu vergessen, in Verantwortung für eine bessere Zukunft in diesem Land.
